

Die Herausforderung der Dollar-Hegemonie und der globalen Verschuldung

21. Juli 2025 | Michael Hudson und Glenn Diesen

Glenn: Bei uns ist heute Professor Michael Hudson, der weltberühmte Wirtschaftswissenschaftler mit den meisten Bestsellern. Willkommen zurück in der Sendung!

Michael: Danke, dass ich wieder dabei sein darf, Glenn.

Glenn: Vor kurzem hat Außenminister Marco Rubio erklärt, dass die globale Nachkriegsordnung nicht nur veraltet ist, sondern dass sie jetzt gegen uns verwendet wird. Und sie ist ...

Michael: ... obsolet. Sie funktioniert genau so, wie sie funktionieren sollte, aber Amerika ist nicht mehr der Nutznießer.

Glenn: Ja, genau. Und ich habe ein wenig über das nachgedacht, was man früher als Freihandelsimperium bezeichnet hat. Wenn man in einer hegemonialen Position ist, kann dieses System oft zu seinem Vorteil funktionieren. Wenn dies nicht der Fall ist, wird erwartet, dass der Freihandel durch etwas ersetzt wird, das man als fairen Handel bezeichnen kann.

Aber es ist interessant, was die globale Nachkriegsordnung angeht, scheint es ein wachsendes Gefühl zu geben, dass die Wirtschaftsordnung nach dem Zweiten Weltkrieg tatsächlich zu Ende gegangen ist. Und die USA verfolgen daher ihre eigene Alternative. Es ist unklar, was das genau bedeutet. Während wir auf der anderen Seite auch die BRICS als Alternative entwickeln, um von der gescheiterten oder endenden Wirtschaftsordnung der Nachkriegszeit wegzukommen. Es mag also eine grobe Vereinfachung sein, aber es scheint zumindest diese beiden unterschiedlichen Wege zu geben.

Deshalb möchte ich mit Ihnen erkunden, wie die USA und die BRICS die Ära nach dem Zweiten Weltkrieg ablösen wollen. Und in der Tat haben Sie kürzlich ein [Kapitel](#) zu diesem Thema geschrieben oder mir zugeschickt, in dem Sie ein ähnliches Problem als zivilisatorischen Konflikt bezeichnen. Ich habe mich gefragt, ob Sie diese Idee näher erläutern können.

Michael: Nun, mit zivilisatorischem Konflikt meine ich die Art und Weise, wie die Gesellschaft und die Wirtschaft organisiert werden sollen. Und Sie begannen Ihre Frage mit der Nachkriegsordnung von 1944-1945. Und die USA entwarfen in Bretton Woods den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank sowie den britischen Kredit und die britische Diplomatie als Mittel, um das britische Empire und später den Rest der ehemaligen europäischen Imperien in die Einflussosphäre der USA zu integrieren. Die auf Regeln basierende Ordnung, die die USA schufen, waren also Regeln, die die USA begünstigten.

Um die Spaltung der Welt, die die westlichen Industrieländer im Verhältnis zu den 85 Prozent der Weltbevölkerung haben, wirklich zu verstehen, muss man zwei Jahrhunderte zurückgehen, bis zum Beginn des industriellen Kapitalismus in Großbritannien, Frankreich, Deutschland und später in den USA. Man kann in vielerlei Hinsicht sagen, dass der Beginn des industriellen Kapitalismus für die Länder, die sich industrialisierten, revolutionär war. Revolutionär deshalb, weil das Grundprinzip

des industriellen Kapitalismus darin bestand, die Produktionskosten zu senken, so dass die Industriellen in Großbritannien und anderen Ländern ihre ausländischen Konkurrenten unterbieten konnten.

Und wie haben Sie sie unterboten? Nun, es gab drei Möglichkeiten: Der erste Weg war, die Überbleibsel des Feudalismus loszuwerden, die Landaristokratie, die die Parlamente kontrollierte, mit dem Ziel, ihre Landrenten zu erhöhen und mit den Landrenten auch die Lebensmittelpreise. Und die Industriellen von 1815, angeführt von David Ricardo, dem Bankier, sagten: Großbritannien kann nicht mit anderen Ländern konkurrieren, wenn wir unserer Lohnarbeit so viel zahlen müssen, dass sie exorbitante landwirtschaftliche Pachten an die Grundbesitzerklasse zahlt, die 1815 die Corn Laws, die Agrarzölle, eingeführt hatte, um ausländische Importe zu blockieren.

Ricardo sagte, dass die erste Voraussetzung dafür, dass ein Industrieland seine Konkurrenten überholen und ausstechen kann, darin besteht, die Lebenshaltungskosten für die Arbeitskräfte, die es beschäftigt, zu minimieren. Und das bedeutet, dass wir freien Handel mit Getreide, Nahrungsmitteln und Rohstoffen brauchen, damit wir sie aus dem Ausland importieren können. Und das bedeutet, dass wir die Wirtschaft von wirtschaftlichen Renten befreien müssen. Die Rente ist der Preisanstieg, der Überschuss des Preises über den tatsächlichen Kostenwert. Ricardo und die gesamte Schule der klassischen politischen Ökonomie zielten darauf ab, die Preise in der Wirtschaft im Einklang mit den tatsächlichen Produktionskosten zu halten und alle besonderen Privilegien abzuschaffen.

Das **erste Privileg** war, wie bereits erwähnt, das der Grundrente. Das **zweite Privileg** waren Monopolprivilegien. Vom 14. bis zum 18. Jahrhundert mussten die europäischen Könige die Steuern erhöhen, um ihre Banker zu bezahlen, die ihnen das Geld für die Kriege gegeneinander liehen. Und die Parlamente Großbritanniens und anderer Länder lehnten es offensichtlich ab, Steuern zu zahlen, insbesondere während der Kreuzzüge, als sie sich dagegen wehrten, dass die englischen Könige Steuern erhoben, um die Banker zu bezahlen, um im Namen Roms vernichtende Kriege gegen Deutschland und andere Länder führten, die die römische Herrschaft nicht akzeptierten.

So halfen die Bankiers den Königen im 14., 15. und 16. Jahrhundert, Handelsmonopole zu organisieren. Man braucht keine parlamentarische Genehmigung, um ein Handelsmonopol zu errichten. Und das wird Geld einbringen. Und Sie, der König, als Empfänger dieser Monopole, können uns, die Bankiers, bezahlen. Also sagten die Industriekapitalisten Englands, wir müssen diese Monopole loswerden. Lasst uns einen freien Markt haben, frei von wirtschaftlicher Pacht, frei von Bodenrente, frei von Monopolrente.

Und **das Dritte**, was sie brauchten, war: „Wir müssen die Finanzklasse im Allgemeinen übernehmen. Wir müssen sie in die industrielle kapitalistische Ordnung einbinden.“ Die Rolle der Banker sollte darin bestehen, produktive Kredite zur Finanzierung der Kapitalbildung zu vergeben. Und die Banken in England und anderen Ländern hatten keine Kredite zur Finanzierung der industriellen Kapitalbildung vergeben. Sie gewährten den Erfindern der Dampfmaschine keine Kredite, und James Watt musste, glaube ich, sein Land verpfänden, um Geld für Investitionen in seine Erfindungen zu bekommen.

Diese drei Formen, Bodenrente, Monopolrente und Zinsen, eine Form der Monopolrente, mussten also freigegeben werden. Und das war die eigentliche Aufgabe der klassischen Ökonomie im 19. Jahrhundert: einen rationalisierten Markt zu schaffen, der frei von all den Kosten war, die nicht

wirklich Produktionskosten waren, sondern Kosten für die aus dem Mittelalter übernommenen Privilegien. Nun, im Rest der Welt sahen die Dinge ganz anders aus.

England brauchte 30 Jahre, um die Corn Laws abzuschaffen, was 1846 geschah, und das verpflichtete Großbritannien zum freien Handel mit anderen Ländern. Und die britischen Strategen und Diplomaten gingen in andere Länder und sagten: Wir geben euch Zugang zum britischen Markt. Ihr könnt eure Produkte in Großbritannien viel billiger einkaufen, als ihr sie selbst herstellen könnt. Wir werden Rohstoffe von euch kaufen, eure Lebensmittel, eure Mineralien und anderes, und es wird ein glücklicher Austausch sein.

Sie überzeugten Amerika, zumindest die Südstaaten, nicht die Nordstaaten, und sie überzeugten den größten Teil der Welt, dieser Spezialisierung der Produktion zwischen den kapitalistischen Industrieländern auf der einen Seite und den Rohstoffproduzenten, den Gastländern auf der anderen Seite zuzustimmen. Das Ergebnis war, dass die Industrieländer Handelsüberschüsse erwirtschafteten und einen großen Vorsprung erzielten. Sie kauften billige Rohstoffe, verarbeiteten sie zu Produkten und verkauften sie mit Gewinn. Und zusammen hatten die europäischen Länder und später die USA eine Monopolstellung bei Industrieprodukten.

Das Problem ist, dass der Rest der rohstoffproduzierenden Welt ein Handelsdefizit hatte. Und um die Sache noch schlimmer zu machen, erlangten ab den 1820er Jahren die neu unabhängigen ehemaligen Kolonien von Haiti in der Karibik, Mexiko, Brasilien und dann die osmanischen Kolonien, Griechenland, Ägypten und Tunesien, alle ihre Unabhängigkeit, aber sie mussten sich Geld von Gläubigern leihen, um die Wirtschaft wieder aufzubauen und ihre eigene Industrie und Selbstversorgung zu entwickeln. Nun, fast sofort gerieten alle Länder, die Kredite aufnahmen, in Verzug.

Und gegen Ende des 19. Jahrhunderts waren die Schulden angewachsen und die Zahlungsausfälle hatten sich gehäuft, so dass die Gläubigerländer Zentralbanken oder nationale Währungskommissionen einsetzen konnten, um die Finanzpolitik dieser Länder, die ihre Entwicklung gewonnen hatten, zu verwalten. Und in den Kolonien hatten natürlich Großbritannien, Deutschland und Frankreich, die Kolonialmächte, das Sagen. Und die Industrieländer nutzten ihre Handelsüberschüsse, um in die Rohstoffproduzenten zu investieren.

Sie investierten in Eisenbahnen und Kommunikationssysteme. Sie kauften öffentliche Infrastrukturmonopole auf. Sie kauften vor allem Land und Plantagen und Rechte an natürlichen Ressourcen, Wäldern und Mineralien für sich selbst. Das Ergebnis war, dass all diese renditeträchtigen Ressourcen, die nach Ansicht der klassischen Ökonomen die natürliche Steuergrundlage sein sollten, nicht die Steuergrundlage waren.

Sie waren das Äquivalent des Feudalismus als Belastung für die Rohstoffexporteure. Und zwar in dem Sinne, dass die Regierungen und die einheimische Wirtschaft eine hohe Pacht oder Landrente, eine Rohstoffrente, die eine Art Landrente ist, eine Monopolrente und einen finanziellen Schuldendienst an die Gläubigerländer zahlen mussten. Der Kampf, der in Großbritannien, Frankreich und Deutschland gegen den Feudalismus geführt wurde, war also für den Rest der Welt, für die globale Mehrheit, ein Kampf gegen ausländische Pachtinteressen, nicht nur gegen die eigenen Pachtinteressen. So entstand eine Art duale Wirtschaft, wie man sie später nannte.

In den 1950er Jahren wurden zum Beispiel Lateinamerika, Afrika und ein Großteil Asiens als Entwicklungsländer bezeichnet, aber sie entwickelten sich nicht so wie die europäischen Industrie-

nationen. Ihre Regierungen verfügten nicht über genügend inländische Steuereinnahmen, um die öffentlichen Infrastrukturausgaben und die Subventionierung der Industrie vornehmen zu können, die für Großbritannien, Frankreich, Deutschland und die USA, die eine gemischte Wirtschaft hatten, absolut entscheidend waren. Denn in diesen Industrieländern entwickelte sich der industrielle Kapitalismus zum industriellen Sozialismus.

Es war eine gemischte Wirtschaft in all diesen Ländern, weil die industrielle Klasse sagte: Nun, abgesehen davon, dass wir unsere Lohnempfänger mit preisgünstigen Lebensmitteln, die wir importieren, ernähren, werden wir ihre Lebenshaltungskosten minimieren, indem wir Grundbedürfnisse, grundlegende Dienstleistungen, Bildung, Gesundheitsfürsorge, Transport, natürliche Monopole zu minimalen Selbstkostenpreisen oder zu subventionierten Preisen oder sogar kostenlos für Bildung bereitstellen, so dass wir unsere europäischen Volkswirtschaften und später die US-Wirtschaft zu den Volkswirtschaften mit den niedrigsten Kosten in der Welt machen werden, so dass wir jede potenzielle Konkurrenz aus Nordamerika, Südamerika, dem globalen Süden im Grunde ausstechen können. Diese Situation bestand während des Zweiten Weltkriegs.

Nun, während des Zweiten Weltkriegs hatten viele dieser Rohstoffexporteure durch den Verkauf von Mineralien, Öl und anderen Rohstoffen an die Kämpfer im Zweiten Weltkrieg große Mengen an eigenen Währungsreserven angehäuft. Und sie kamen 1945 in einer sehr starken Position heraus. Nun, zu diesem Zeitpunkt setzten die USA ihre IWF-Regeln und die Regeln der Weltbank durch. Diese gaben vor, eine Doktrin der wirtschaftlichen Entwicklung zu haben, die diesen Ländern helfen würde, sich zu entwickeln. In Wirklichkeit hinderten sie sie an der Entwicklung.

Und so wurden sie, anstatt Entwicklungsländer zu sein, zu Abhängigkeitsländern, nicht zu Entwicklungsländern, sondern zu Wirtsländern im Sinne von Wirten, man könnte es auch Parasiten nennen. Die Weltbank beispielsweise vergab Kredite an die Länder des Globalen Südens, nicht für ihre eigene Nahrungsmittelproduktion, damit sie sich selbst mit Nahrungsmitteln versorgen konnten und sie nicht importieren mussten, sondern nur, um Plantagenkulturen zu exportieren und alle Infrastrukturkosten, die Hafenkosten und den Transport für den Export ihrer Rohstoffe zu übernehmen. Sie kämpften gegen die Landreform und jeden Versuch, Lebensmittel zu produzieren, die mit dem Markt konkurrieren und die amerikanischen Farmer und Agrarexporte verdrängen würden.

Und dasselbe geschah nach der Gründung des Gemeinsamen Marktes mit seiner Gemeinsamen Agrarpolitik, die ebenfalls sehr starke staatliche Unterstützungen, Preisstützungen und die Aussetzung des freien Handels vorsah, um landwirtschaftliche Investitionen zu fördern, die die Produktivität der europäischen Landwirtschaft erheblich steigerten, so wie Präsident Roosevelts Agricultural Adjustment Act in den USA in den 1930er Jahren die Produktivität der amerikanischen Landwirtschaft durch einen starken Protektionismus steigerte. Nichts dergleichen geschah in Ländern, die Kunden der Weltbank waren. Nun, ziemlich bald verfielen diese Länder wieder in den Zustand, in dem sie sich seit dem 19. Jahrhundert befanden.

Sie hatten Handelsdefizite. Sie mussten sich Geld leihen. Das bedeutete, dass sie sich verschuldeten. Und an diesem Punkt kam der Internationale Währungsfonds ins Spiel und sagte, dass man nur reich werden kann, wenn man verarmt. Das ist eine Theorie, die David Ricardo entwickelt hatte, der Sprecher der Banker für das Bullion Committee in den Jahren 1809-1810 in Großbritannien.

Sie sagten: "Warum werdet ihr nicht so reich, wie Großbritannien und Europa reich geworden sind, indem ihr die Lohnkosten senkt? Aber sie haben die Lohnkosten nicht gesenkt, indem sie die Lebenshaltungskosten gesenkt haben. Sie senkten sie, indem sie Gewerkschaften verhinderten, indem sie einfach die Löhne senkten und keine soziale Unterstützung für die Löhne gewährten, die es in Europa gab, und indem sie im Grunde genommen Sparprogramme auferlegten, die nur einen Zweck hatten: die Regierungen daran zu hindern, Geld in die Subventionierung ihrer Industrie und Landwirtschaft zu investieren, um von den europäischen Ländern unabhängig zu sein. Es handelte sich also im Grunde um entwicklungsfeindliche Unternehmen und Institutionen.

Die Weltbank veröffentlichte unter McNamara einen Bericht mit dem Titel „Partners in Development“ (Partner in der Entwicklung), der jedoch in Wirklichkeit „Partners in Dependency“ (Partner in der Abhängigkeit) und „Partners in Underdevelopment“ (Partner in der Unterentwicklung) hieß, weil er auf den diametral entgegengesetzten Prinzipien der klassischen Wirtschaftswissenschaften und der Art und Weise beruhte, wie sich die europäischen Länder durch die Erhöhung des Lebensstandards entwickelt hatten. Die Weltbank und der IWF strebten eine Senkung des Lebensstandards an und behaupteten, dies würde die Wettbewerbsfähigkeit erhöhen. Dabei wurde jedoch die Tatsache ignoriert, auf die amerikanische Ökonomen hinwiesen, dass Hochlohnarbeit so viel produktiver ist als Niedriglohnarbeit für Arme, dass sie sich selbst bezahlt macht.

Es gab also westeuropäische und nordamerikanische Arbeitskräfte mit hoher Produktivität, die durch umfangreiche staatliche Subventionen und die Bereitstellung von Grundbedürfnissen unterstützt wurden, und unproduktive Arbeitskräfte, die in den Ländern des globalen Südens keinerlei staatliche oder soziale Unterstützung erhielten. Und das ist das Problem, das zu dem heutigen Problem, der Krise, geführt hat, die sich jetzt, in diesem Jahr, zugespitzt hat. Und sie hat sich aus zwei Gründen zugespitzt. Der offensichtlichste Grund ist die von Donald Trump verhängte Zollpolitik, die andere Länder, insbesondere die Länder des globalen Südens, daran hindert, das Geld, die Dollars, zu verdienen, um ihre Schulden durch Exporte in den amerikanischen Markt zu bezahlen.

Wenn ihre Schulden auf Dollar lauten und die einzige Möglichkeit, Dollar zu verdienen, der Export in die USA oder nach Europa ist, und sie daran gehindert werden, wie können sie dann zahlen? Der einzige Weg, wie sie in den letzten 50 Jahren zahlen konnten, war, dass sie gezwungen wurden, noch mehr ihrer natürlichen Ressourcen, ihrer Bodenschätze, zu verkaufen und zu privatisieren, ihre Monopole abzustoßen und ihre Wirtschaft im Wesentlichen zu thatcherisieren. Und die Thatcherisierung ihrer Wirtschaft war für die Länder des globalen Südens genauso verheerend wie für Großbritannien. Das ist die Krise.

Die zweite Krise ist die Tatsache, dass die Länder des globalen Südens und Asiens sowie die BRICS-Länder insgesamt zum ersten Mal eine Alternative haben, um der Abhängigkeitsfalle zu entkommen, in der sie seit 1945 gefangen sind. Und das liegt vor allem an China. Seit der Konferenz von Bandung 1955 in Indonesien haben sich die blockfreien Länder zusammengetan und gesagt: Wir brauchen eine Alternative zu der von den USA und Europa gestalteten Wirtschaftsordnung, die nicht in unserem Interesse ist. Aber sie konnten es nicht allein tun.

Sie waren nur Einzelpersonen, und die USA, Großbritannien und Europa waren in der Lage, sie aufzuteilen und zu erobern, um einen Regimewechsel herbeizuführen und im Grunde genommen Regierungen zu stürzen, die den USA nicht wohlgesonnen waren. Und das Ergebnis war diese duale

Wirtschaftsstruktur, die Sie haben. Nun, sie stecken in einer thatcherisierten Wirtschaft fest und haben nicht die fiskalischen Ressourcen, mit denen sich Europa entwickelt hat. Sie haben nicht die Souveränität, ihre eigene Pachtsteuer auf Land und natürliche Ressourcen zu erheben und ihr eigenes Geldsystem zu schaffen, mit dem sie ihre eigene Industrie finanzieren könnten.

China hat das geschafft, aber es bedurfte 1945 einer Revolution unter Mao, genauso wie es in Russland einer Revolution bedurfte, die die Grundbesitzerklasse und die Finanzklasse beseitigte. Und die Frage ist: Wie werden die BRICS-Länder das chinesische industriell-kapitalistische Modell oder das industriell-sozialistische Modell mit chinesischen Merkmalen nachahmen? Die chinesischen Merkmale sind die von Adam Smith, John Stuart Mill, Marx, der gesamten klassischen Wirtschaftsschule, die die ganze Idee der Befreiung der industriellen Volkswirtschaften von wirtschaftlichen Renten, von Sonderprivilegien und der Schaffung effizienter industrieller Volkswirtschaften entwickelte. Das ist die Krise.

Und die Tatsache, dass diese Länder nun ein alternatives Modell haben können, ist das, was die Amerikaner als Kampf der Kulturen bezeichnen. Und es ist in Wirklichkeit kein Kampf der Kulturen. Es ist ein Kampf gegen den Versuch des globalen Südens und der BRICS und der globalen Mehrheit, denselben zivilisatorischen Weg einzuschlagen, den der industrielle Kapitalismus im 19. Jahrhundert zu entwickeln begann und den die klassische Wirtschaftsdeologie verfolgte.

Glenn: Wenn wir dies auf die Aussage von Marco Rubio zurückführen, dass die globale Nachkriegsordnung jetzt gegen uns verwendet wird, ist dies dann ein Verweis auf das Rentiersystem, die Idee, dass die Währung, die Technologien, das Bankensystem, all diese Finanzen, all diese Dinge, die von den USA angeboten werden, aus denen sie Rente ziehen, mit anderen Worten, Geld, ohne zum produktiven Prozess beizutragen, dass dies Amerika in dieser Rolle eliminiert? Ist es das, was Rubio meint, wenn er sagt, dass das System gegen uns verwendet wird? Oder sind es nur die allgemeinen Handelsregeln? Wie können wir die Aussage von Rubio interpretieren?

Michael: Nun, es ist nicht das System, das sich geändert hat. Es sind die USA und die europäischen Volkswirtschaften, die sich verändert haben. Was als Industriekapitalismus unter der klassischen Ökonomie der Befreiung der Volkswirtschaften von der Rente begann, hat den Kampf im 20. Jahrhundert nicht wirklich gewonnen.

Die Renteninteressen schlugen zurück, und die klassische Wert-, Preis- und Rententheorie wurde durch die Idee ersetzt, dass der Preis gleich dem Wert ist. So etwas wie eine wirtschaftliche Rente gibt es nicht. Jeder verdient, was er kriegen kann, sei es der Vermieter, der so viel Miete einnimmt, wie er kriegen kann, sei es die Bank, die so viel verdient, wie sie verlangen kann, einschließlich Verzugszinsen.

All dies wird heute zum BIP gerechnet. Wenn man sich das BIP von Amerika und Europa ansieht, besteht der größte Teil davon aus Renten, Monopolrenten, aber vor allem aus Zinskosten, Finanzkosten, Immobilien und Landrenten. Die Banken haben immer mehr Kredite im Verhältnis zum Preis der Käufer für Hypotheken vergeben, ein immer größerer Teil der Wohnkosten in Amerika und Europa wird an die Banken gezahlt. Es gibt also immer noch wirtschaftliche Renten in den USA und in Europa, aber die Empfänger sind nicht mehr die feudale Grundbesitzerklasse. Es ist die Bankenklasse.

Und die Bankenklasse wurde zum Hauptrentier, nicht die Grundbesitzer und nicht die Monopolisten, sondern die Bankenklasse war die Mutter des Monopols, die Mutter der Trusts, die sie organisierte und dann den Käufern und Organisatoren von Trusts und Unternehmensübernahmen das Geld lieh, um Monopole zu schaffen und die Monopolrenten als Zinsen auszuzahlen. Was also als Industriekapitalismus begann, der die USA und die europäischen Volkswirtschaften so wohlhabend und produktiv gemacht hat, wurde schließlich durch die Umwandlung in einen Finanzkapitalismus parasitiert. Das ist die zentrale These fast aller Bücher und aller Artikel, die ich gelesen habe.

Die USA haben also ihre industrielle Macht verloren, indem sie beschlossen haben, sich zu deindustrialisieren. Wir werden im Wesentlichen die Klasse, in der wir unter Präsident Clinton in den 1990er Jahren waren, zurück ins Geschäft bringen, indem wir unsere industrielle Produktion aus den USA zu den ausländischen Tochtergesellschaften multinationaler Unternehmen verlagern. Lassen wir ausländische Arbeitskräfte die Arbeit verrichten, und das wird die amerikanische Arbeiterschaft daran hindern, sich gewerkschaftlich zu organisieren und ihre Löhne zu erhöhen, weil wir sie durch eingewanderte Arbeitskräfte oder durch mexikanische und kanadische Arbeitskräfte ersetzen, und dann durch chinesische und andere ausländische Arbeitskräfte. Die USA haben also die Entscheidung getroffen, sich buchstäblich zu deindustrialisieren. Und diese Deindustrialisierung ist auch zur Finanzialisierung geworden.

Sie haben also eine industrielle Wirtschaft durch eine bankenzentrierte, von der Wall Street geprägte Finanzwirtschaft ersetzt, deren zentrale Planung sich von den Regierungen auf die Finanzzentren in New York, London, Paris, Frankfurt und Tokio verlagert hat. Und die wirtschaftliche Entwicklung des 15-prozentigen globalen Gartens und seiner Verbündeten hat im Grunde aufgehört, sich zu entwickeln, und ist in die gleiche Art von Rentenökonomie verfallen, gegen die der ganze Kampf um die Schaffung einer industriellen Macht im 19. Jahrhundert geführt wurde. Das hat dazu geführt, dass die USA plötzlich feststellen mussten, dass wir es uns nicht mehr leisten können, unsere eigene industrielle Autarkie aufzubauen. Wie sollen wir also konkurrieren?

Nun, Präsident Trump sagt, es gibt zwei Möglichkeiten, wie wir konkurrieren können: Wir können entweder andere Länder zwingen, uns Tribut zu zahlen, indem wir ein Imperium errichten, oder wir können Monopolrenten und Finanzrenten erzielen. Wir können eine Monopolrente erzielen, indem wir die neue Technologie und die Informationstechnologie, die Computertechnologie und insbesondere die Militärtechnologie monopolisieren. Wir werden Europa sagen: Erhöht eure Militärausgaben von 1,5 Prozent des BIP auf 5 Prozent, aber ihr müsst alle eure militärischen Güter von den Vereinigten Staaten kaufen. Und das wird uns helfen, unseren internationalen Handel auszugleichen und gleichzeitig unser Haushaltsdefizit zu finanzieren. Und man muss auch im Dollarsystem bleiben, so dass alle Überschüsse, die ausländische Länder aus ihrem Handelsüberschuss oder Investitionsüberschuss oder ihren inländischen Erträgen sparen können, in US-Schatzpapieren oder anderen US-Wertpapieren im Dollarraum angelegt werden müssen. Der Reichtum und die Akkumulation der ganzen Welt müssen also in die USA fließen.

Und Trump sagt, dass er 100 Prozent, vielleicht 500 Prozent Zölle auf Länder erheben wird, die versuchen, ihr Einkommen, ihre Handelsüberschüsse und ihre Steuerüberschüsse zur Entwicklung ihrer eigenen Wirtschaft zu nutzen, anstatt die Wirtschaft der USA zu subventionieren. Dies ist also ein Krieg der USA, nicht nur gegen die globale Mehrheit, sondern vor allem gegen ihre eigenen Verbündeten in Europa und auch in Japan und Südkorea. Wie Sie soeben gesehen haben, geht

Amerika gegen Japan vor, um dessen Möglichkeit zu unterbinden, seine Autos in den USA zu verkaufen. Dasselbe gilt für Korea, das seine Industrieprodukte hier nicht mehr verkaufen kann. Das ist eine wirtschaftliche Kriegserklärung an diese anderen Länder.

Und die US-Diplomatie hat durch ihre politische Einmischung und den Druck zum Regimewechsel sowie die Nichtregierungsorganisationen, die eine riesige Finanzierungsquelle zur Förderung einzelner Opportunisten als Politiker oder Industrieführer darstellen, die den USA wohlgesonnen sind und ihre Loyalität wirklich den USA oder amerikanischen Unternehmen schulden, wie z.B. Merz in Deutschland, das Ergebnis gewissermaßen festgelegt. Es gibt also europäische Politiker, die eine Politik unterstützen, die die Vorherrschaft der USA in Europa noch verstärkt. Nun, die Wähler dieser europäischen Länder unterstützen dies nicht. Die Wähler in Deutschland, Frankreich und anderen Ländern stimmen dagegen, ihr Geld für den Krieg in der Ukraine auszugeben, gegen den Kampf gegen Russland.

Sie wollen auf dem billigsten Markt kaufen können, so wie England 1815 auf dem billigsten Markt kaufen wollte. Aber das wird ihnen verwehrt. Statt billiges russisches Öl und Gas zu kaufen, sollen sie amerikanisches Flüssiggas zum vier- oder fünffachen Preis kaufen, über das Sie und ich bereits gesprochen haben. Europa ist also in eine Abhängigkeit geraten, und die USA versuchen, weltweit die gleiche Hegemonie über die BRICS-Staaten und die Länder des globalen Südens zu erlangen.

Das Problem ist, dass die BRICS-Länder und die Länder des globalen Südens selbst nicht nur Regierungen haben, die weitgehend von den USA unterstützt werden, sondern dass beispielsweise die afrikanischen Vertreter im Internationalen Währungsfonds und in der Weltbank durch und durch neoliberal sind. Ihre Führungskräfte wurden also in den USA oder Großbritannien nach neoliberalen Thatcher- oder ähnlichen US-Gesetzen ausgebildet. Sie sind nicht einmal mit den politischen Debatten vertraut, die der Entstehung des Industriekapitalismus zugrunde lagen, der Europa ursprünglich so erfolgreich gemacht hat. Sie haben also kein Modell.

Das einzige Modell, das sie haben, ist das von China, das unabhängig das Rad neu erfunden hat, das gleiche Rad, das Adam Smith und John Stuart Mill und die britischen Ökonomen und ihre anderen klassischen Ökonomen entwickelt haben, nämlich eine gemischte Wirtschaft, in der die Regierung die Kontrolle über ihre eigene Geldschöpfung und die Verteilung des Geldes hat. So wird zum Beispiel China das tun, was jedes Land tun sollte, das sich entwickeln und wettbewerbsfähig sein will. Sie schaffen Geld und Kredite, um die materielle Kapitalbildung zu finanzieren. Dabei geht es nicht nur um private Kapitalbildung und Innovation, sondern auch um grundlegende Infrastrukturen wie Hochgeschwindigkeits-Eisenbahnen, den Ausbau von Häfen oder die Belt and Road Initiative, mit der China versucht, eine Struktur des internationalen Handels und der Investitionen zu schaffen, die Asien von den USA unabhängig machen soll.

Und der russische Präsident Putin hat gesagt, darum geht es in diesem Kampf wirklich. Der Kampf besteht darin, andere Länder zu souveränen Nationen zu machen, die für ihre eigene Steuer- und Investitionspolitik und Regierungspolitik verantwortlich sind. Aber sie können nicht unabhängig sein, wenn sie nicht die Ressourcenrente von ihren jetzt in ausländischem Besitz befindlichen Unternehmen wegbesteuern, die durch Öl, Rohstoffproduktion, Mineralienproduktion, Wälder produziert werden. Im Wesentlichen müssen sie die Monopole verstaatlichen und zu öffentlichen Monopolen machen, nicht zu Rentiermonopolen in ausländischem Besitz. Sie müssen ihre Wirtschaft entrationalisieren. Das ist ihre Politik.

Nun, sie müssen diese ausländischen Öl- und Mineralienunternehmen nicht wirklich verstaatlichen. Sie müssen lediglich die wirtschaftliche Rente besteuern. Und als souveräne Länder sollten sie in der Lage sein, die wirtschaftliche Rendite zu besteuern. Aber dies wird als zivilisatorischer Konflikt behandelt, als Angriff auf die westliche Zivilisation und die Demokratie selbst, obwohl es in Wirklichkeit ein Ausdruck der Demokratie ist, ein Ausdruck ihrer eigenen nationalen Souveränität. Das ist also der Kampf, den sie führen.

Aber ihre eigene herrschende Klasse, ihre eigene politische Klasse und die reichste Klasse, die sie haben, sind selbst Rentiers und sind Teil der Rentierwirtschaft. Ein großer Teil der argentinischen und brasilianischen Auslandsschulden befindet sich im Besitz von Argentinern und Brasilianern, weil sie wissen, dass sie zur Oberschicht gehören und dass die Regierung die Dollar-Schulden an sie selbst zahlen wird und nicht in Verzug gerät. Es gibt also einen Klassenkonflikt innerhalb der BRICS-Länder selbst, der dem Klassenkonflikt zwischen Arbeit und Kapital im Westen sehr ähnlich ist, aber entscheidende Unterschiede aufweist. Das ist ein komplizierender Faktor bei all dem.

Und die Frage ist: Wie kann man die BRICS-Länder und andere Länder dazu bringen, die gleiche Art von Wirtschaftsreformen durchzuführen, die China so effizient durchgeführt hat, ohne dass es zu einer wirklichen Revolution kommt, weil die USA gesagt haben, wenn ihr versucht, eine Reform durchzuführen, werden wir mit euch das tun, was wir mit Venezuela, dem Iran, Libyen und Chile getan haben. Wir werden Sie stürzen. Wir wollen keine Reformen. Wir versuchen, die Kontrolle über die westliche Macht zu behalten.

Und erst vor einer Woche hielt Präsident Putin eine weitere Rede, in der er sagte: „Wissen Sie, wir dachten seit den 1990er Jahren, dass das anti-russische Gefühl, das Europa und die USA hatten, in Wirklichkeit ideologisch war. Dass es ein Kampf zwischen Kapitalismus und sowjetischer Ideologie sei. Und es hat sich herausgestellt, dass das sicherlich ein Element war, aber in Wirklichkeit waren sie einfach nur anti-russisch. Sie wollten uns erobern. Sie wollten uns in fünf oder sechs Länder aufteilen und uns erobern, um uns zu ihren Kolonien zu machen. Es geht wirklich um den Versuch der USA und Europas, die Welt zu beherrschen, so wie sie im industriellen Kapitalismus versucht haben, die Welt durch industrielle Macht und Produktivität zu beherrschen und die Rentenüberschüsse, Finanzüberschüsse, Rentenüberschüsse der Rohstoffexporteure zu kontrollieren, und es stellt sich heraus, dass es nur ein roher Machtgriff ist.“

Und genau das ist es, was heute daraus geworden ist.

Glenn: Es kommt also zu einer Spaltung zwischen den stärker finanzialisierten Volkswirtschaften des Westens und den aufstrebenden, zumindest industriekapitalistischen Volkswirtschaften der BRICS. Ich denke, was mich an Europa sehr frustriert, ist die mangelnde Bereitschaft zu akzeptieren, dass es vom Subjekt zum Objekt geworden ist, die mangelnde Bereitschaft zu erkennen, dass die Europäer jetzt von ihren amerikanischen Partnern ausgeschlachtet werden, weil ich denke, dass die politische Führung die Zukunft Europas, seine Größe oder Relevanz, mit dieser transatlantischen Partnerschaft verknüpft sieht, während gleichzeitig anerkannt wird, dass sie von den Amerikanern ausgeschlachtet wird.

So kommt es, dass Politiker wie der Franzose Macron hin- und herschwanken zwischen „Wir können es uns nicht erlauben, Vasallen Amerikas zu sein“ und „Wir müssen mit den USA solidarisch sein, um den Westen zu erhalten“. Sie wollen also im politischen Westen sein, aber sie fühlen

sich sehr unwohl oder lehnen es ab, anzuerkennen, dass sie jetzt tatsächlich zu einem Objekt geworden sind. Aber was können die BRICS jetzt tun, um eine Alternative zu bieten?

Denn das monopolistische System, das Sie als die Option der USA darstellen, scheint keine sehr stabile oder gar nachhaltige Option zu sein. Es scheint sehr extraktiv, störend und chaotisch zu sein und auf lange Sicht zum Scheitern verurteilt. Was sollten die BRICS Ihrer Meinung nach also anstreben?

Michael: Nun, lassen Sie mich zuerst über Europa sprechen. Leute wie Macron und seine Amtskollegen in England, Starmer, und Deutschland, Merz, sind Demagogen. Sie sehen auf der einen Seite, dass die Bevölkerung Europas Wohlstand will. Sie wollen nicht, dass der Haushalt bei der Geldschöpfung eingeschränkt wird und ein Defizit entsteht. Sie wollen, dass die Regierung Defizite macht, um Sozialausgaben damit zu bestreiten, insbesondere um den Lebensstandard zu halten oder zumindest die Katastrophe des Lebensstandards zu verhindern, die durch den Abbruch des Energiehandels mit Russland verursacht wurde.

Was die Wähler wollen, ist also eine Sache, aber die Regierenden gehen nicht auf die Wähler ein. Sie sind hier genau wie Donald Trump. Sie dienen ihren im Grunde amerikanischen Sponsoren. Und das Problem für Europa ist, denke ich, die ganze Art und Weise, wie die EU strukturiert ist, um ein Scheitern zu garantieren. Die EU wird von der NATO geführt.

Die Leiter der Außenpolitik sind militärische Falken, deren einziges Interesse darin besteht, die europäischen Volkswirtschaften zu verarmen, um Russland zu bekämpfen und es in der mythischen Hoffnung auszubilden, dass Russland irgendwie nicht mehr in der Lage sein wird, den Krieg in der Ukraine, gegen Europa und Amerika zu führen, wenn sie Russland genug ausbluten lassen. Und es wird einen Regimewechsel geben. Die Europäer und Amerikaner können einmarschieren und Russland zerstückeln, wie sie es in den 1990er Jahren unter Jelzin begonnen haben. Die europäischen Wähler haben in der europäischen Politik keine Rolle zu spielen, wenn Europa Teil der NATO ist und seine Länder daran gehindert werden, das zu tun, was jedes souveräne Land tun sollte, nämlich sein eigenes Geld zu schaffen, um seine eigenen Ausgaben zu finanzieren, seine Industrie zu subventionieren und seinen Lebensstandard zu erhöhen.

Die Währungspolitik der EU wurde geschaffen, um ein Haushaltsdefizit im Rahmen eines keynesianischen Wirtschaftsstimulus zu verhindern. Solange also die europäische Politik von einem Kellerbüro im Pentagon aus gesteuert wird, das sagt: „Nun, ihr müsst eure Industrie in den Bankrott treiben, indem ihr keine russische Energie mehr importiert. Ihr könnt eure Industriebetriebe nach Amerika verlagern, vielleicht auch eure qualifizierten Arbeitskräfte hierher bringen, aber ihr werdet Opfer bringen müssen, um die Demokratie zu verteidigen, eine Demokratie, wie sie Zelensky in der Ukraine eingeführt hat, das amerikanische Modell der Demokratie.“

Ich meine, das ist eine Travestie. Und das hindert Europa daran zu sagen, nun, wir werden wirklich nicht Teil einer Insel vor der Küste von Rhode Island sein. Wir werden Teil von Asien sein. Das ist unser natürlicher Handelspartner. Wissen Sie, der gesamte deutsche Wohlstand beruht auf einer Integration von Handel und Investitionen mit Russland.

Sie müssen sich wieder mit dem Rest Asiens vereinigen und einfach ein gleichberechtigtes Land sein. Aber sie sagen, wir wollen nicht gleichberechtigt sein. Wir wollen dominieren. Wenn wir eine

andere Wirtschaft, mit der wir Handel treiben, nicht kontrollieren können, fühlen wir uns unsicher. Wir fühlen uns bedroht.

Und wenn Amerika diese Volkswirtschaften nicht kontrollieren kann, spüren wir die Bedrohung, weil wir von den USA abhängig sind. Europa wird erkennen müssen, dass sein wirtschaftlicher Feind nicht Russland oder China ist, sondern dass China und die übrigen asiatischen Länder die am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften der Welt sind. An wen soll sich Europa also für seine langfristige Handels- und Investitionsentwicklung wenden: an eine schrumpfende Wirtschaft in den USA oder an eine wachsende Wirtschaft in Ostasien? Europas Staats- und Regierungschefs sagen einstimmig: Wir sind für die schrumpfende Wirtschaft. Wir werden unseren Lebensstandard genauso schnell senken, wie der amerikanische Lebensstandard gesenkt wird, und wir werden Sparmaßnahmen durchsetzen, denn darin liegt unsere Loyalität.

Was können die Wähler in Europa angesichts der Art und Weise, wie die Politik der EU organisiert ist, dagegen tun? Nun, das gleiche Problem tritt in den BRICS-Ländern auf.

Ich bin sicher, dass die Wähler der BRICS-Staaten gerne sagen würden: „Warum kann unser Land in Afrika oder Südasien oder Lateinamerika nicht die gleiche Politik wie China verfolgen? Warum können wir uns nicht von dem trennen, was für uns das Äquivalent zum europäischen Feudalismus ist? Wir müssen sagen, dass diese ganzen zwei Jahrhunderte der verzerrten Entwicklung, die uns zu untergeordneten Abhängigkeiten der industriellen Gläubigernationen gemacht haben, nicht funktioniert haben. Unsere Souveränität besteht darin, miteinander zu arbeiten. Wir müssen einen Neuanfang machen. Die Schulden können nicht bezahlt werden, wenn wir nicht auf alle unsere Investitionen in das Wachstum verzichten. Wen werden wir an die erste Stelle setzen? Werden wir die ausländischen Anleihegläubiger als Anspruch auf unsere Steuereinnahmen an die erste Stelle setzen? Oder werden wir unser eigenes Wirtschaftswachstum und unsere eigenen inländischen Investitionen zur Erreichung wirtschaftlicher Autarkie und eines höheren Lebensstandards an die erste Stelle setzen?“

Einstimmig sagen die BRICS-Länder, vergesst den Lebensstandard, wir werden dem IWF folgen, wir werden Sparmaßnahmen auferlegen, weil es uns in der herrschenden Klasse, der Klientel-Oligarchie, selbst sehr gut geht. Wir sind wirklich ein verlängerter Arm der finanzkapitalistischen Wirtschaft der USA. Das ist also die herrschende Klasse in Argentinien und in großen Teilen Brasiliens unter Bolsonaro. Darum geht es bei dem ganzen Kampf in Brasilien. Das ist das ganze Problem. Man braucht nicht nur eine Revolution der BRICS-Länder und der Länder mit globaler Mehrheit, um in Bezug auf ihre wirtschaftliche Entwicklungsphilosophie die klassische Ökonomie und ihre Befreiung der Volkswirtschaften von der Miete zu übernehmen, man braucht auch eine politische Revolution gegen die eigenen Klientel-Oligarchien, die durch dieses Abhängigkeitssystem, das in den letzten zwei Jahrhunderten oft mit Gewalt aufgezwungen wurde, in Stellung gebracht wurden.

Glenn: Nun, ich fürchte, es ist fast ein Naturgesetz, dass man sagen kann, die politische Elite erfüllt nicht mehr die Wünsche der Bevölkerung. Aber wenn sie es nicht tun, wird es immer diese politischen Umwälzungen geben. Ich denke, bisher hat die politische Klasse alle Reaktionen auf ihr Versagen bei der Verfolgung grundlegender nationaler Interessen einfach als populistisch abgetan, und Populisten sind illegitim und sollten auf fast jede erdenkliche Weise bekämpft werden.

Das funktioniert aber nur so lange, denn wenn sie nicht auf nationale Interessen reagieren, wird es zu massiver politischer Instabilität oder Umwälzungen kommen. Aber die Reaktion auf nationale Interessen hängt davon ab, wie die Machtverteilung organisiert ist, und in einem multipolaren System, das jetzt die Realität ist, konzentriert sich die Machtverteilung nicht mehr auf die USA. Die Politik muss dies in gewisser Weise widerspiegeln, so scheint es. Aber wie Sie schon sagten, verfolgen die führenden Politiker in Europa nur die Interessen der USA, während ihre nationalen Interessen ignoriert werden.

Ich frage mich, wie lange das noch so weitergehen kann und ob man, wenn schon nicht den BRICS beitreten, so doch zumindest eine ähnliche Alternative anstreben wird. Denn ich denke, dass die Amerikaner zumindest versuchen – man kann über Trump und seine schrecklichen Lösungen denken, was man will –, ein neues System zu verfolgen. Zumindest erkennt er an, dass die Ära nach dem Zweiten Weltkrieg vorbei ist. Ich glaube, die Europäer leugnen das immer noch. Wenn sie sich nur genug aufopfern, genug Krieg führen, Trump ausreichend in den Hintern kriechen, dann können sie diese Ära irgendwie zurückbringen oder wiederherstellen. Ich glaube, das haben die Amerikaner, die Chinesen und die Russen alle gemeinsam.

Ich denke, sie erkennen, dass diese Ära vorbei ist und teilen nun natürlich ihre Interessen. Haben Sie irgendwelche abschließenden Gedanken zu diesem, wie ich sagen würde, sehr wichtigen Thema des Endes einer Ära? Das Wirtschaftssystem der letzten 80 Jahre geht zu Ende und es gibt keinen wirklichen Konsens. Und selbst unter den verschiedenen Alternativen scheint es nicht die konzeptionelle Klarheit zu geben, die Sie sich wünschen. Ich würde mir wünschen, dass z. B. die BRICS eine nachhaltige Alternative hätten. Und mit der Trump-Administration ist das noch weniger der Fall.

Michael: Nun, was Sie da beschreiben, Glenn, ist der materialistische Geschichtsansatz. Die Geschichte geht davon aus, dass die Länder das tun werden, was letztlich in ihrem natürlichen Interesse ist. Es gibt eine Art Überleben des Stärkeren, und der Stärkere wird sich letztendlich durchsetzen. Aber genau das ist in vielen Fällen der Geschichte nicht passiert. Es sind nicht die Stärksten, die überlebt haben.

Und die materialistische Betrachtungsweise der Geschichte hat die Gründe ausgelassen, warum das Rennen nicht immer so schnell verläuft, wie die Bibel es ausdrückt. Und so wissen wir wirklich nicht, was heute passieren wird. Für Deutschland zum Beispiel ist nicht nur die Nachkriegszeit vorbei. Der Zweite Weltkrieg ist nicht vorbei. Er dauert noch an. Merz sagt, wir wollen die deutsche Armee zur dominierenden Armee machen, so wie sie eben vorher war. Die dominierende Armee, er meint, es ist nur eine Armee, die Wehrmacht, die Nazi-Armee.

Es gibt eine Wiederbelebung dessen, was wirklich Nazismus in Deutschland ist. Es ist, als ob wir plötzlich in die Zeit des Zweiten Weltkriegs zurückkehren würden. Wir haben eine Diktatur in Frankreich, wo es trotz aller Demonstranten, der Gelbwesten und der Demonstrationen in ganz Frankreich nicht gelungen ist, Macron loszuwerden. Wir haben eine völlige Überalterung der politischen Verfassungen und der Politik, die dazu geführt hat, dass Starmer in Großbritannien einfach Tony Blair als Teil der super-thatcheristischen Entwicklung gefolgt ist. Nichts davon ist im nationalen Interesse dieser Länder.

Die Politiker sind nicht das, was die Wähler wollen, aber das politische System hat sich von dem, was die Wähler wollen, abgekoppelt. Es könnte sein, dass der einzige Katalysator dafür nicht in Europa zu finden ist, sondern in anderen Ländern, vor allem in ehemaligen Verbündeten der USA wie Japan und Südkorea, die beschließen: Nun, da wir keine Handelsüberschüsse mehr mit den USA erzielen können, da sie uns in Japan das antun, was sie in den 1980er Jahren mit dem Plaza at Louvre-Abkommen getan haben, müssen wir uns vielleicht China annähern.

Ich denke, wenn Westeuropa sieht, wie andere asiatische Länder sich China anschließen, und zwar eines nach dem anderen, und durch Chinas allgemeinen Entwicklungsplan, die Belt and Road Initiative und die allgemeine Handels- und Investitionszone, wird Europa erkennen: Sie ziehen immer weiter vor uns her. Sie haben uns hinter sich gelassen. Wie lange können wir uns damit abfinden, zurückgelassen zu werden? Und was können wir tun, um das zu ändern?

Die Frage ist nur, ob dies ohne eine Revolution möglich ist? Ich weiß es nicht. Wird es eine friedliche Revolution sein? Wie kann man eine Verfassung ändern, die Europa und die Klientel-Oligarchien in diese Lage gebracht hat? Das ist ebenso eine politische wie eine wirtschaftliche Frage. Während wir also von wirtschaftlicher Selbstbestimmung sprechen, wie gehen Sie mit der Tatsache um, dass es diese politische Verzerrung dessen gibt, was Sie und ich für die natürliche materialistische Logik der Geschichte halten würden?

Glenn: Nun, mit diesen großen Schlussworten können wir einpacken. Aber diese Möglichkeit gefällt mir zumindest, denn ich sehe einige optimistische Zeichen aus Ostasien, sowohl aus Südkorea als auch aus Japan. Es sieht so aus, als ob auch sie erkannt haben, dass sich die Rolle der USA mit dem Ende der Ära oder des Systems nach dem Zweiten Weltkrieg grundlegend ändern wird, auch im Hinblick auf die Kannibalisierung von Verbündeten. Etwas, das übrigens auch in der Rhetorik gegenüber Taiwan deutlich wird. Wenn sie also diesen Wandel vollziehen, dann bleibt abzuwarten, ob sich die Europäer immer noch auf diese Weise ins Zeug legen werden. Aber ich weiß es nicht. Ich bin im Moment sehr desillusioniert von den Europäern. Ich bleibe also pessimistisch, aber das ist zumindest eine Quelle des Optimismus.

Michael: Ja, ja, Optimismus. Ja, es wird eine Revolution geben.

Glenn: Nun, Professor Hudson, ich danke Ihnen wie immer. Es ist immer faszinierend, mit Ihnen zu sprechen, also nochmals vielen Dank.

Michael: Danke, Glenn.